

Lohnkosten

Lohnkosten begrenzen – Standort sichern

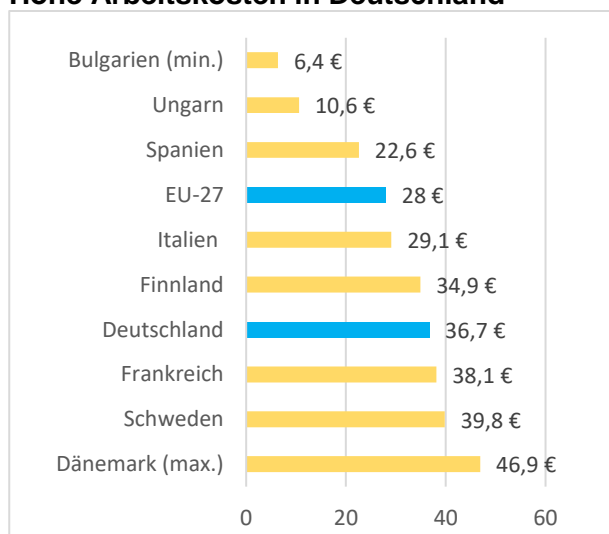
Um was geht es?

Wettbewerbsfähigkeit des Standorts

Deutschland ist und bleibt ein Hochlohnland. Durchschnittlich knapp 37 € mussten Arbeitgeber in der deutschen gewerblichen Wirtschaft im Jahr 2020 für eine geleistete Arbeitsstunde zahlen. Eine Arbeitsstunde in Deutschland war damit um rd. 31 % teurer als im EU-Durchschnitt. In der Industrie kostete eine Arbeitsstunde durchschnittlich 41,60 €. Eine Stunde Arbeit in der deutschen Industrie ist damit 46 % teurer als im EU-Durchschnitt (28,50 €, Statistisches Bundesamt 2021).

Arbeitskosten haben einen hohen Einfluss auf die Attraktivität eines Landes als Standort für Unternehmen. Ihre Höhe bestimmt die Rentabilität von Investitionen entscheidend mit. Bei vergleichbaren Rahmenbedingungen wird ein Land eher Ziel von Investitionen, wenn das Arbeitskostenniveau geringer ist. Niedrige Arbeitskosten sind ein Standortvorteil, weil sie die Rendite vorhandener und die Renditeerwartungen neuer Investitionen erhöhen. Dadurch entstehen neue wettbewerbsfähige Arbeitsplätze und der Druck, vorhandene Arbeitsplätze aus Kostengründen abzubauen oder zu verlagern, nimmt ab.

Hohe Arbeitskosten in Deutschland



Arbeitskosten je geleisteter Stunde - prod. Gewerbe und wirtsch. Dienstleistungen (in €), ausgewählte EU-Staaten 2020; Quelle: Destatis 2021; eigene Darstellung.

Was braucht die Wirtschaft?

Gute Standortbedingungen

Neben anderen Standortfaktoren wie Infrastruktur, Arbeitskräftepotential und erreichbaren Absatzmärkten ist die Höhe der Arbeitskosten besonders wichtig für die Qualität des Standorts und die Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmens. Das Lohnniveau sollte deshalb immer die Produktivität der Branche spiegeln. Denn steigen die Arbeitskosten schneller als die Produktivität, verschlechtert sich die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen.

Was ist zu tun?

Lohn- und Sozialpolitik mit Augenmaß

- Beschäftigungsorientierte Lohnpolitik fortsetzen
Branchendifferenzierte, produktivitätsorientierte und flexible Tarifverträge haben maßgeblich zum Beschäftigungszuwachs der letzten Jahre beigetragen. Dennoch sind die Löhne in Deutschland – anders als in anderen EU-Ländern – in den letzten Jahren überwiegend nicht nur nominal, sondern auch real weiter gestiegen. Die Gewerkschaften dürfen deshalb bei zukünftigen Tarifverhandlungen nicht überziehen und müssen auch die Sicherung von Arbeitsplätzen im Blick behalten. Abschlüsse müssen unterhalb des Produktivitätsfortschritts erfolgen.
- Abgabenbelastung begrenzen
Nach den OECD-Zahlen belastet kaum ein anderes Land den Faktor Arbeit so hoch mit Abgaben wie Deutschland. Die Sozialversicherungsbeiträge wirken wie eine „Zusatzsteuer auf Arbeit“, soweit zusätzlichen Beiträgen keine zusätzlichen Leistungsansprüche gegenüberstehen. Die hessische Landesregierung muss sich deshalb im Bund vor allem dafür einsetzen, dass der Gesamtbeitrag zur Sozialversicherung bei maximal 40 % gehalten wird. Von den hohen Bruttolöhnen in Deutschland muss auch ein ausreichend großer Teil bei den Beschäftigten ankommen.